

Protokolleintrag vom 21.04.2010

2010/202

Erklärung der FDP-Fraktion vom 21.04.2010:

1. Mai, Verhinderung gewalttätiger Ausschreitungen

Namens der FDP-Fraktion verliest Monjek Rosenheim (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Sind Bewilligungen für die Einen gleicher als für die Andern?

Die FDP anerkennt, dass der 1. Mai, der Tag der Arbeit, von Gewerkschaften und Linksparteien mit einem Umzug und einem anschliessenden Volksfest begangen wird. Leider wurde die Durchführung des Feiertags in den letzten Jahren immer mehr durch chaotische Ausschreitungen getrübt. Aus Sicherheitsgründen hat der Stadtrat deshalb die Festbewilligung auf 20 Uhr festgesetzt.

Die FDP ist empört, wie sich Links-Grün um diesen Entscheid foutiert. Es ist ein Skandal, wenn sich die Co-Präsidentin einer staatstragenden Partei öffentlich über einen solche hinwegsetzt. Immerhin haben die Gewerkschaften endlich erkannt, dass ein geordneter Ablauf in ihrem eigenen Interesse ist und haben sich von dem dümmlichen Slogan distanziert.

Wie bereits letztes Jahr wollen Stadtrat und Polizei die Festbesuchenden schützen, damit sie wegen der Einsätze gegen Gewalt und Chaotentum nicht unnötigen Gefahren ausgesetzt werden. Wir fordern die Stadt auf, nicht zuzulassen, dass Bewilligungen für die Einen gleicher sind als für Andere. Die Parteien erinnern sich noch bestens daran, wie sie während des Gemeinderatswahlkampfes razziamässig an den Standaktionen kontrolliert wurden. Eine Geldbusse löst bei SP, GP und AL offenbar nur ein müdes Lächeln aus. Sollten sich die Parteien über die Auflagen der Stadt Zürich hinwegsetzen, darf künftig keine Bewilligung mehr erteilt werden.

Die FDP fordert die links-grünen Parteien auf, sich an den Rechtsstaat zu halten und sich für die Sicherheit der 1. Mai-Besuchenden einzusetzen. Die FDP wünscht allen Festbesuchenden am Abend ein friedliches und gemütliches Fest.